

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 15 (1940)
Heft: 3

Artikel: Ausgleichskassen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101259>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE GENOSSENSCHAFTEN IN DER KRIEGSWIRTSCHAFT

Ausgleichskassen

Die *Botschaft des Bundesrates* vom 20. Dezember 1939 betreffend eine provisorische Regelung der Lohnausfallentschädigung an aktivdiensttuende Arbeitnehmer sowie die *verbindlichen Weisungen* des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements zur Botschaft sehen bekanntlich Ausgleichskassen vor, in welche seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 2 Prozent aller Lohnauszahlungen abzuliefern sind. Dabei ist es großen Landesverbänden, deren Arbeitnehmer über das ganze Land oder mindestens über ein Sprachgebiet verteilt sind, gestattet, eigene Ausgleichskassen zu errichten. Sie haben dann mit den Behörden über Einzahlungen und Auszahlungen abzurechnen. Grundsätzlich ist festgelegt, daß jeder Arbeitgeber im Rahmen der Vorschriften die Auszahlungen selbst vornimmt und seinerseits wieder mit der öffentlichen oder seiner Verbandskasse abzurechnen hat.

An einer Versammlung der Sektion Zürich des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht der Verband seinerseits eine eigene Kasse gründen sollte. Abgesehen davon, daß ein betreffender Antrag hätte früher eingereicht werden sollen, wurde dies auch aus folgenden Gründen verneint: die in Frage kommenden Arbeitnehmer, nämlich Büroangestellte, Heizer, vollamtliche Verwalter usw., sind verhältnismäßig an Zahl gering. Soweit sie

im Nebenamt beschäftigt sind, gehören sie wohl bereits irgendeiner Ausgleichskasse an. Der Verwaltungsapparat für eine solche Kasse wäre angesichts der räumlich ungünstigen Verteilung der angeschlossenen Genossenschaften und der spärlichen Anzahl der Teilnehmer unverhältnismäßig kompliziert und kostspielig. In jedem Kanton sind zudem öffentliche Ausgleichskassen vorgesehen, denen man sich ohne weiteres anschließen kann.

Die Sektion Zürich des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen hat darum von der Schaffung einer eigenen Ausgleichskasse abgesehen.

Im übrigen ist die Praxis dieser Ausgleichskassen noch keineswegs abgeklärt, und die ganze Frage der Beteiligung an der Lohnausfallentschädigung hat in verschiedener Hinsicht wirklich erst eine provisorische Regelung erfahren. Bevor daher über Einzelfragen, die dem Verbandsrat ebenfalls in mündlichen Besprechungen und größerer Zahl vorgelegt wurden, entschieden werden kann, muß eine genauere Regelung abgewartet werden. Es dürfte empfehlenswert sein, in allen den Fällen, in welchen auf Grund der bisherigen Vorschriften nicht ohne weiteres ersichtlich ist, ob ein geldlicher Bezug unter die Lohnausgleichskasse fällt, die betreffenden Abgaben vorläufig wenigstens zu reservieren und die bezüglichen Entscheide abzuwarten.

RECHTSFRAGEN

Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen — ein Entscheid des Obergerichtes

Im Jahre 1927 verkaufte die Baugenossenschaft V. in Zürich eines ihrer Einfamilienhäuser einem ihrer Mieter. Auf dem Hause lastete, befristet bis 1. Februar 1937, ein Kaufs-, bzw. Vorkaufsrecht zugunsten der Stadtgemeinde Zürich. Am 6. Dezember 1931 trat das kantonale Gesetz über die Förderung des Wohnungsbaues in Kraft, das in Art. 5 bestimmt: «Bei Beteiligung des Staates am Wohnungsbau muß die Bauherrschaft öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen im Grundbuch anmerken lassen, durch die die Benützung der erstellten Gebäude zu Wohnzwecken zu einem niedrigen Mietzins sichergestellt und jeder Gewinn beim Verkauf ausgeschlossen wird. Dem Staat oder der Gemeinde ist zu diesem Zwecke das Recht einzuräumen, die Wohnbauten nötigenfalls zum Selbstkostenpreis zu erwerben.»

In Art. 8 des genannten Gesetzes wird ausgeführt: «§ 5 findet auch auf bisher mit Unterstützung des Staates und der Gemeinde erstellte Gebäude Anwendung, doch dürfen die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen gegen den

Willen des Eigentümers nicht über die bisherigen vertraglichen Bestimmungen hinausgehen.»

In Anwendung dieser Bestimmungen erließ der Stadtrat am 23. September 1933 Ausführungsbestimmungen, welche durch Regierungsrat und Bundesrat genehmigt wurden. Die Stadt ordnete, gestützt auf diese Bestimmungen, im Jahre 1934 die Löschung des bisherigen Kaufs-, bzw. Vorkaufsrechts auf das genannte Einfamilienhaus und die Anmerkung der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen im Grundbuch an. Die Anmerkung fand statt, und der Eigentümer klagte hierauf auf Rückgängigmachung dieser Einträge. Das Bezirksgericht wies die Klage ab, das Obergericht schützte sie mit Urteil vom 29. Juni 1937.

In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß die Hauptfrage darin bestehe, ob dem neuen Gesetz (vom Jahre 1931) rückwirkende Kraft zukomme. Das Obergericht ist der Ansicht, daß solche rückwirkende Kraft zu Recht bestehe, aber das Gemeinwesen eventuell entschädigungspflichtig werden